Kindestötung nach § 217 StGB (alt) zur Last gelegt worden, weil sie ihr außerhalb einer Ehe geborenes Kind gleich nach der Geburt vorsätzlich tötete. Nach Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuchs hatte der Senat gemäß § 81 StGB zu prüfen, welche gesetzliche Bestimmung für die Bestrafung der Angeklagten zur Anwendung kommen muß. Da § 217 StGB (alt) als Mindeststrafe drei Jahre Zuchthaus und als Höchststrafe 15 Jahre Zuchthaus androht, mußte § 113 Abs. 1 Ziff. 2 StGB, der einen Strafrahmen von sechs Monaten bis zu zehn Jahren Freiheitsstrafe aufweist, als das mildere Gesetz zur Anwendung kommen.

Tötungsdelikte sind schwerste Verbrechen und mit unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung unvereinbar. Auch die bei der Angeklagten vorliegenden schweren Entwicklungsbedingungen und die zur Tatzeit bestehende Konfliktsituation sind nicht geeignet, den hohen Grad der Gesellschaftsgefährlichkeit der gegen das Leben gerichteten Handlung so herabzumindern, daß dem Antrag der Verteidigung, die Angeklagte in ein Jugendhaus einzuweisen, gefolgt werden konnte. Es muß vielmehr von den im § 69 StGB für Jugendliche vorgesehenen Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit die Freiheitsstrafe, die hier als härteste Maßnahme gekennzeichnet ist, zur Anwendung kommen, wobei gemäß § 16 Abs. 1 StGB von der außergewöhnlichen Strafmilderung Gebrauch gemacht wurde. Die erkannte Strafe ist erforderlich; um der Angeklagten eindeutig ihre verwerfliche Handlungsweise klarzumachen und sie zu einem gesellschaftsgemäßen Verhalten zu erziehen.

§§ 14, 81 Abs. 2, 121 Abs. 2 Ziff. 3 StGB.

1. Jungliches Alter und sexuelle Neugier als Tatmotiv sind bei einem Sexualdelikt allein noch keine außergewöhnlichen Schuld minderungsgründe i. S. des § 14 StGB.

2. Ist eine vor dem 1. Juli 1968 mehrfach begangene Straftat nach dem neuen StGB als schwerer Fall der Vergewaltigung zu beurteilen, so ist der Täter nach § 177 StGB (alt) strafrechtlich verantwortlich, da dieser Tatbestand das genannte strafverschärfende Merkmal des § 121 StGB nicht enthält und eine geringere Strafuntergrenze hat.

BG Schwerin, Urt. vom 28. Oktober 1968 — Kass. S. 2/68.

Der jugendliche Angeklagte hat im Dezember 1967 und im März 1968 zwei Mädchen überfallen und versucht, mit ihnen Geschlechtsverkehr durchzuführen. Das Kreisgericht hat ihn deshalb wegen fortgesetzter versuchter Vergewaltigung (§ 121 Abs. 1 und 2 Ziff. 3 StGB) und wegen einer anderen Straftat zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Es hat das Vorliegen außergewöhnlicher Strafmilderungsgründe bejaht.

Gegen dieses Urteil richtet sich der Kassationsantrag des Direktors des Bezirksgerichts, der den Schuldspruch rügt. Der Antrag hatte Erfolg.

Aus den G r ü n d e n :

Das Kreisgericht hat das Strafgesetz auf die dem Urteil zugrunde liegenden tatsächlichen Feststellungen unrichtig angewandt. Es hat das in zwei Fällen begangene Sittlichkeitsdelikt unter Bezugnahme auf § 81 Abs. 3 StGB als Verbrechen nach § 121 Abs. 1 und 2 Ziff. 3 Abs. 4 StGB rechtlich gewürdigt. Offenbar um mit dem Strafausspruch dennoch unter der in § 121 Abs. 2 StGB angedrohten Mindeststrafe bleiben zu können, hat es das Vorliegen außergewöhnlicher Umstände (§ 14 StGB) bejaht und ist über § 62 Abs. 3 StGB zur außergewöhnlichen Strafmilderung gekommen. Die außergewöhnlichen Umstände nach § 14 StGB werden vom Kreisgericht darin gesehen, daß der Angeklagte erst 16 Jahre alt ist und „aus einer gewissen

sexuellen Neugier“ gehandelt hat. Diese Auffassung ist fehlerhaft.

Allein aus den beiden genannten Faktoren läßt sich das Vorliegen außergewöhnlicher Umstände der Schuld minderung nicht herleiten. Es muß sich vielmehr um solche Umstände handeln, die die Entscheidungsfähigkeit des Täters so beeinflussen haben, daß seine Schuld nur als gering einzuschätzen ist. Diese Anwendungskriterien des § 14 StGB hat das Kreisgericht nicht geprüft. Andernfalls hätte es selbst den Widerspruch zu seinen Aussagen über die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Angeklagten erkennen müssen.

In Übereinstimmung mit den Sachverhaltsfeststellungen und gestützt auf ein Sachverständigengutachten der Bezirksnervenklinik Schwerin, stellt das Kreisgericht zutreffend die volle Schuldfähigkeit des Angeklagten gemäß § 66 StGB und seine uneingeschränkte Verantwortlichkeit im Sinne des § 6 Abs. 1 StGB fest. Nach den Urteilsgründen handelt es sich bei dem Angeklagten um einen körperlich und geistig altersgerecht entwickelten Jugendlichen, der in der Lage ist, „das Unerlaubte seines Tuns zu erkennen und sich prinzipiell bei seiner Entscheidung zur Tat von den geltenden Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens leiten zu lassen“. Seine Entscheidung zur Tat war „jeweils gut durchdacht“, und er kannte genau seine Verhaltensmaxime. Hiernach lassen sich allein, aus dem Umstand des noch jugendlichen Alters des Angeklagten keine Schuld minderungsmöglichkeiten nach § 14 StGB herleiten. Die fehlerhafte Interpretation des § 14 StGB durch das Kreisgericht führt zu einer unzulässigen Ausweitung des Anwendungsbereiches dieser Bestimmung, nämlich dazu, daß jedem noch nicht volljährigen Täter generell die Strafmilderungsmöglichkeit des § 62 StGB zusteht. Das widerspricht aber dem Sinn dieser gesetzlichen Regelung.

Die sexuelle Neugier des Angeklagten, die vom Kreisgericht als zweiter Schuld minderungsgrund im Sinne des § 14 StGB angeführt wird, war das Hauptmotiv des Angeklagten zum strafbaren Handeln, nicht aber ein außergewöhnlicher Umstand, der die Fähigkeit des Jugendlichen zu gesellschaftsgemäßem Verhalten beeinflusst hat. Sexuelle Neugier ist in dieser Entwicklungsphase, in der sich der Angeklagte befindet, keine Erscheinung, die von den alterstypischen Normen abweicht. Sie ist für den normal entwickelten Jugendlichen beherrschbar und beeinträchtigt keineswegs seine Entscheidungsfähigkeit. Das wird hinsichtlich des Angeklagten auch durch das Sachverständigengutachten bestätigt.

Im vorliegenden Fall ergeben sich daher weder aus dem Umstand des jugendlichen Alters noch aus dem Tatmotiv Schuld minderungsgründe nach § 14 StGB. Bezüglich eventuell anderer außergewöhnlicher objektiver Umstände kommt bereits das Kreisgericht zu der richtigen Feststellung, daß sich solche aus der Straftat selbst nicht ableiten lassen.

Demnach ist im vorliegenden Fall keine Anwendungsmöglichkeit für § 14 mit den Folgen aus § 62 StGB gegeben. Unter diesen Voraussetzungen widerspricht aber eine Verurteilung des Angeklagten nach den Bestimmungen des neuen Strafgesetzbuchs den Grundsätzen des § 81 über die zeitliche Geltung des Gesetzes.

Nach dem neuen StGB stellt sich der vorliegende Sachverhalt als schwerer Fall der Vergewaltigung — § 121 Abs. 2 Ziff. 3 Abs. 4 StGB — dar. Dieses zur Zeit der Tat noch nicht geltende Gesetz verschärft die strafrechtliche Verantwortlichkeit und hat eine höhere Strafuntergrenze als § 177 StGB (alt). Folglich ist der